

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Politik und Activism . Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-444
E: themen@amnesty.de . W: www.amnesty.de

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFS WDE 33XXX



Berlin, 28.02.2019

IHRE ANFRAGE ZU VENEZUELA

Sehr geehrte Frau ,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage an Amnesty International zur aktuellen politischen und Menschenrechtsslage in Venezuela.

Sie beschreiben, Ihre Klientin werde von der venezolanischen Polizei bzw. dem Militär verfolgt und unter Druck gesetzt, obwohl sie keine aktive Regierungsgegnerin und Aktivistin war. Sie sei Ende März 2017 auf einer Demonstration für Menschenrechte und gegen die Regierung festgenommen worden, als sie eine Video-Aufzeichnung von Soldaten machte, die gerade andere Demonstrant_innen angriffen. Sie fragen, ob Amnesty International ähnliche Berichte bekannt sind, wo Personen scheinbar grundlos verfolgt wurden und von ähnlichen Erfahrungen berichten.

Venezuela leidet seit Jahren unter einer akuten wirtschaftlichen und Versorgungskrise, die dramatische Auswirkungen auf die Menschenrechtsslage im Land hat. Die Krise der Nahrungsmittel- und Gesundheitsversorgung verschärft sich immer weiter und betrifft insbesondere Kinder, chronisch Kranke und schwangere Frauen. Immer mehr Menschen verlassen das Land. UN Angaben zufolge leben mittlerweile drei Millionen Venezolaner_innen außerhalb ihres Heimatlandes.

Politisch herrscht in Venezuela sowohl ein Ausnahmezustand als auch ein seit Januar 2016 mehrfach verlängerter wirtschaftlicher Notstand. Eine Nationale Verfassungsgebende Versammlung wurde ohne Beteiligung der Opposition gewählt, die Generalstaatsanwältin wurde unter irregulären Umständen entlassen. Die Sicherheitskräfte haben in den letzten Jahren immer wieder exzessive und unnötige Gewalt eingesetzt, um Proteste aufzulösen. Hunderte Menschen wurden willkürlich inhaftiert. Es gibt zahlreiche Berichte über Folter und andere Misshandlungen von Demonstrierenden, einschließlich sexualisierter Gewalt. Das Justizsystem wird instrumentalisiert, um Oppositionelle zum Schweigen zu bringen. Dem Militärgerichtssystem wurde die Befugnis zur strafrechtlichen Verfolgung von Zivilpersonen eingeräumt, ein Vorgehen, das gegen grundlegende rechtsstaatliche Standards verstößt. Die Haftbedingungen sind äußerst hart.

Amnesty International hat in den letzten Jahren zahlreiche Fälle exzessiver Gewaltanwendung als Repressionstaktik zur Unterdrückung regierungskritischer Proteste dokumentiert. Dabei waren immer wieder auch Personen betroffen, die nicht aktiv an Demonstrationen teilgenommen haben. Der Bericht „The faces of impunity“ (2015) dokumentiert zahlreiche Fälle exzessiver Gewaltanwendung durch

staatliche Sicherheitskräfte sowie bewaffnete regierungsnahen Gruppen im Zusammenhang mit Protesten im Jahr 2014. In dem Jahr starben in Venezuela zwischen Februar und Juli bei Demonstrationen mindestens 43 Menschen, weitere 878 wurden verletzt.

So starb am 12. Februar 2014 Juan Montoya, nachdem ihm ins Gesicht geschossen worden war. Dabei war Juan Montoya kein Regierungskritiker, sondern ein sozialer Aktivist und Koordinator eines Netzwerks, das regierungstreue Gruppen zusammenbringt. Er hatte nicht an einer Demonstration teilgenommen, sondern war lediglich in der Nähe unterwegs gewesen. Am 12. März 2014 wurde Guillermo Sánchez mutmaßlich von einer regierungstreuen bewaffneten Gruppe erschossen. Er lebte in einer Straße, in der an diesem Tag Proteste stattfanden, nahm an diesen jedoch nicht teil. Er hatte das Haus verlassen, um seine Mutter zu besuchen. Am 19. März 2014 wurde Anthony Gregorio Carrero schwer verwundet, als er auf dem Nachhauseweg von der Arbeit von einem Offizier der Nationalgarde angeschossen wurde, die gerade einen Protest auflöste. Trotz seiner schweren Verletzungen wurde er zu früh aus dem Krankenhaus entlassen, da das medizinische Personal fürchtete, er könnte festgenommen werden, wenn er im Krankenhaus bliebe. Am 21. April wurde John Michael Ortiz Fernández verletzt, als er von einem Gummigeschoss ins linke Auge getroffen wurde. Er berichtete, dass an dem Tag in seiner Wohngegend Proteste ausgebrochen waren. Als er den Balkon seines Hauses betrat sah ihn ein Polizist und schoss sofort auf ihn.

Insgesamt wurden dem Generalstaatsanwalt zufolge während der Proteste 2014 3.351 Menschen verhaftet und dutzende misshandelt. Viele dieser Verhaftungen sind als willkürlich einzustufen, zudem wurde den Inhaftierten routinemäßig während der ersten 48 Stunden in Haft der Zugang zu einem Anwalt verwehrt. Amnesty hat dutzende Fälle von Folter oder anderen Misshandlungen durch Sicherheitskräfte während der Festnahmen, auf dem Weg in Haftzentren oder in Haft dokumentiert. In den meisten Fällen wurden Häftlinge misshandelt um sie für die (angebliche) Teilnahme an Demonstrationen zu bestrafen, um Geständnisse bezüglich der Teilnahme an Demonstrationen zu erpressen oder um Informationen über andere Demonstrationsteilnehmende zu erhalten.

Am 12. Februar 2014 wurde Christian Holdack inhaftiert, als er eine Demonstration in Caracas filmte. Er berichtet, dass er geschlagen und beschimpft wurde und sich über lange Zeit hinweg hinknien musste. Er wurde mehrerer Verbrechen mit einer Maximalstrafe von acht Jahren Gefängnis angeklagt. Amnesty International liegen Informationen vor, wonach die Anschuldigungen fabriziert wurden. Christian Holdack befand sich bei Berichtsveröffentlichung noch immer in Haft und zeigte Anzeichen einer posttraumatischen Belastungsstörung. Am 13. Februar 2014 wurde Juan Manuel Carrasco von der Nationalgarde inhaftiert, als er sich in der Nähe einer Demonstration aufhielt. Er wurde drei Tage lang festgehalten und in der Zeit mit dem Tode bedroht, wiederholt geschlagen und mit einem Gegenstand vergewaltigt. Am 24. Februar 2014 wurde Marvinia Jiménez von einem Angehörigen der Nationalgarde geschlagen, weil sie mit ihrem Mobiltelefon Fotos davon machte, wie die Nationalgarde eine Demonstration in der Nähe ihres Zuhauses auflöste. Sie wurde von Polizeibeamten angegriffen, geschlagen und für mehrere Tage festgenommen, ohne Zugang zu ihrer Familie oder einem Anwalt zu erhalten. Sie zeigte ihren Angreifer an, der Haftbefehl gegen ihn wurde jedoch nicht vollstreckt. Zudem zeigte sie an, dass sie in ihrer Nachbarschaft, nahe der Schule ihres Sohnes und bei ihrer Arbeit von unbekanntenen Personen verfolgt wurde. Ein Gericht ordnete Schutzmaßnahmen für sie an, die jedoch bei Berichtsveröffentlichung noch nicht umgesetzt waren.

In dem Bericht „Silenced by force“ (2017) dokumentiert Amnesty International, wie im Kontext tiefgreifender politischer Polarisierung und sich verschlechternder Lebensumstände willkürliche Verhaftungen durch staatliche Sicherheitskräfte zunehmend als Repressionstaktik genutzt werden mit dem Ziel Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und politische Partizipation zu unterbinden. Grundlegende rechtsstaatliche Standards werden bei Festnahmen routinemäßig missachtet. Zudem



befördern diese Praktiken die Verübung weiterer schwerer Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Misshandlungen sowie Verschwindenlassen. Diese Maßnahmen beeinflussen die Rechte der Bevölkerung auf Freiheit, körperliche Unversehrtheit und Rechtsstaatlichkeit.

In dem Bericht „Nights of Terror“ (2017) hat Amnesty International zudem dargestellt, wie exzessive Gewalt durch staatliche Sicherheitskräfte willkürlich gegen die Bevölkerung angewandt wird. Amnesty hat Berichte von mindestens 47 illegalen Razzien und Angriffen auf Wohngebiete durch staatliche Sicherheitskräfte und Gruppen bewaffneter Zivilist_innen in 11 Bundesstaaten Venezuelas im Zeitraum April bis Juli 2017 dokumentiert. Diese Übergriffe waren eine Reaktion auf Demonstrationen gegen die Regierung, bei denen in dem genannten Zeitraum mehr als 120 Menschen getötet, etwa 1.958 verletzt und mehr als 5.000 Menschen inhaftiert wurden. Die Razzien fanden entweder direkt nach Demonstrationen oder auch Stunden oder Tage später statt und richteten sich gegen die Menschen in den Gemeinden, wo die Demonstrationen stattgefunden hatten. Die Verantwortlichen für die Razzien setzten dabei immer wieder unverhältnismäßige Gewalt ein. Auch liegen zahlreiche Berichte dazu vor, dass Anwohner_innen und Nachbar_innen davon abgehalten wurden, die Handlungen während der Razzien auf Videos oder Fotos aufzuzeichnen, indem sie mit Tränengasgranaten bedroht oder mit Pellets beschossen wurden. In mehreren der von Razzien betroffenen Gebäude wurden Sicherheitskameras durch die Sicherheitskräfte gestohlen oder zerstört. Damit wurden Beweismittel vernichtet, die als Grundlage für Beschwerden über das Verhalten der Sicherheitskräfte dienen könnten.

In allen von Amnesty dokumentierten Fällen handelten die venezolanischen Sicherheitskräfte willkürlich und illegal, so dass weite Teile der Bevölkerung von den Razzien betroffen waren und damit auch zahlreiche Menschen, die gar nicht an Protesten gegen die Regierung teilgenommen hatten. Die betroffenen Personen wurden in ihren Rechten auf körperliche Unversehrtheit und Privatsphäre verletzt, sowie in einigen Fällen in ihren Rechten auf Freiheit und ein ordentliches Gerichtsverfahren. Die Razzien sind als Repressionstaktik des Staates und als Abschreckungstaktik zu verstehen, nicht an Demonstrationen gegen die Regierung teilzunehmen.

Seit der Veröffentlichung dieser Berichte hat sich die politische und humanitäre Lage in Venezuela weiter zugespitzt. 2018 gab es landesweit 12.715 Proteste. Zwischen dem 21. und 25. Januar 2019 gab es zahlreiche Massenproteste gegen die Regierung von Nicolás Maduro, zu denen der Präsident der Nationalversammlung und selbsterklärte Übergangspräsident Juan Guaidó aufgerufen hatte. Der venezolanische Staat reagierte erneut mit exzessiver Gewaltanwendung und außergerichtlichen Hinrichtungen. Hunderte Menschen wurden willkürlich inhaftiert, darunter auch Jugendliche. Einige von ihnen hatten an Protestveranstaltungen teilgenommen, andere hatten nur aus der Nähe zugeschaut. Mit dieser Eskalation repressiver Politik soll die venezolanische Bevölkerung kontrolliert werden. Insbesondere Bewohner_innen der verarmten Stadtteile, die sich an den Protesten gegen die Regierung beteiligt haben, sollen bestraft werden.

Amnesty International fordert, dass die venezolanischen Behörden ihre in den vergangenen Jahren entwickelten Unterdrückungsmaßnahmen beenden und ihre Verpflichtung erfüllen müssen, allen Opfern von Menschenrechtsverletzungen Gerechtigkeit und Entschädigung zu gewähren. Aktuell ist es in Venezuela nahezu unmöglich, den Justizweg zu beschreiten. Daher fordert Amnesty International den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die in Venezuela herrschende Straflosigkeit zu beenden. Dazu sollte ein unabhängiges Untersuchungsgremium eingerichtet werden, das die Menschenrechtslage in dem Land beobachtet und darüber Bericht erstattet. Darüber hinaus sollte die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs diese Fakten prüfen und wenn diese als begründet bewertet werden, in seine Voruntersuchungen aufnehmen, die derzeit zu Venezuela laufen.



Des Weiteren berichten Sie, gegen Ihre Klientin läge in Venezuela nach Auskunft eines Strafrechtsanwalts in Venezuela ein sogenannter *orden de policia* vor, aus dem u.a. die Anklage und Namen anderer Angeklagter herauszulesen seien. Ebenso habe der Anwalt vier an sie adressierte Vorladungsschreiben von der Polizei ausgehändigt bekommen. Sie fragen, ob Amnesty International Informationen zu solchen Polizeischreiben/Vorladungen vorliegen.

Amnesty International liegen keine näheren Informationen zu sogenannten *orden de policia* oder Vorladungsschreiben der Polizei vor.

Weiterhin berichtet Ihre Klientin von einem offiziell nicht geltenden Gesetz, wonach Deserteure und Venezolaner_innen, die sich länger als drei Monate im Ausland aufgehalten haben, angeklagt und vor ein Militärgericht gestellt werden können. Sie fragen, ob Amnesty International derartige Berichte bekannt sind.

Derartige Berichte sind Amnesty International nicht bekannt.

Zuletzt fragen Sie, ob uns weitere aktuelle Berichte oder Quellen vorliegen, die zum Kontext der Fluchtgeschichte Ihrer Klientin passen würden.

Ich verweise Sie auf die folgenden Berichte von Amnesty International:

The faces of impunity: A year after the protests, victims still await justice, 24 March 2015, Index number: AMR 53/1239/2015

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/1239/2015/en/>

Two years after the protests, the victims are still waiting for justice, 12 February 2016, Index number: AMR 53/3429/2016

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/3429/2016/en/>

Silenced by force: Politically-motivated arbitrary detentions in Venezuela, 26 April 2017, Index number: AMR 53/6014/2017

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/6014/2017/en/>

Venezuela: Use of military courts against civilians undermines rule of law, 10 May 2017

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/05/venezuela-uso-de-tribunales-militares-contra-civiles-pone-en-jaque-al-estado-de-derecho/>

Nights of terror: Attacks and illegal raids on homes in Venezuela, 30 October 2017, Index number: AMR 53/7285/2017

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/7285/2017/en/>

Amnesty Report 2017/18 Venezuela, 23. Mai 2018

<https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/venezuela>

Q&A on the human rights crisis in Venezuela, 7 February 2019, Index number: AMR 53/9809/2019

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/9809/2019/en/>



Hunger, punishment and fear, the formula for repression used by authorities under Nicolás Maduro, 20 February 2019

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/02/venezuela-hunger-punishment-and-fear-the-formula-for-repression-used-by-authorities-under-nicolas-maduro/>

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Informationen weitergeholfen zu haben und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Maja Liebing
Amerikas

